

1. Eine assoziative Annäherung

„Qualität“ gehört zunächst einmal zu den positiv besetzten Begriffen. Jeder hätte gerne eine gute Qualität, wenn er oder sie ein bestimmtes Produkt kauft. Dieses soll seine Aufgabe gut erfüllen, es soll haltbar sein, sich auf der Höhe der Zeit befinden, etwa in technologischer Hinsicht, vielleicht auch preiswert im Vergleich zu anderen Produkten auf derselben Qualitätsstufe. Sollte das Produkt – etwa eine Waschmaschine – in der Verwendung Ressourcen verbrauchen, so sollte dies in einem akzeptablen Verhältnis zu seinem Ertrag stehen.

Bleiben wir bei dieser Qualitätsbeschreibung aus dem Alltag, so lassen sich durchaus einige systematische Aspekte erkennen: Es gibt unterschiedliche Dimensionen von Qualität: Nützlichkeit, Ästhetik, Wirtschaftlichkeit, Haltbarkeit. Doch zeigt bereits der letzte der oben angesprochenen Punkte, die Sparsamkeit im Verbrauch, dass dies zumindest kein verallgemeinerbares Kriterium sein kann. So gibt es unter den Autos nach wie vor teure Benzinschleudern, fahren gut betuchte Menschen mit Geländewagen bloß im Stadtverkehr zum Einkaufen, spielt also offenbar das Kriterium der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit keine große Rolle. Hier kommen also gesellschaftliche und/oder individuelle Normen und Werte ins Spiel, die Einfluss auf die Bewertung haben. Wenn diese hierbei eine Rolle spielen, so liegt die Frage nahe, ob denn die anderen genannten Dimensionen objektiv und wertfrei sind: Was ist Nutzen? Was ist schön? Auch hierbei zeigt sich schnell, dass der Prozess der Qualitätszuschreibung ein normativer Prozess ist: Er hängt mit individuellen und sozialen Werten zusammen.

Bleiben wir bei der Waschmaschine. Verbreitet ist vor der Anschaffung ein Rückgriff auf entsprechende Leistungsvergleiche, wie sie etwa die Stiftung Warentest (oder andere Anbieter) regelmäßig anstellen. Sind diese Vergleichstests seriös, so werden die Beurteilungskriterien und der Anteil der getesteten Qualitätsdimensionen am Gesamturteil offen gelegt.

Nun mag man einwenden, dass ein solcher Qualitätstest für Produkte noch leicht zu vollziehen ist (selbst wenn man inzwischen auch in populären Zeitschriften schwierigere Produkte wie etwa Medikamente testet). Doch ist ein solcher Qualitätstest auch für Dienstleistungen möglich? Ein kurzer Blick in den Zeitschriftenmarkt zeigt: Ja. Die Qualität etwa von Finanzdienstleistern wird sogar in der letzten Zeit häufiger getestet. Es werden Wellness-Programme getestet. Man testet Lernprogramme. PISA testet flächendeckend ganze nationale Bildungssysteme. Auch hier mag man einwenden, dass Bildungsdienstleistungen noch überprüfbare Ergebnisse haben, etwa gelerntes Wissen. Und dies zu testen ist Standardaufgabe aller LehrerInnen, seit es ein öffentliches Schulwesen gibt. Aber kulturelle Bildung, die es nur begrenzt mit Wissen zu tun hat, ist ein

schwieriger Fall. Auch hier hilft ein Blick in Testzeitschriften. So werden seit Jahren in der Vorweihnachtszeit für einen entsprechenden Themenschwerpunkt Spiele (immerhin ein Teilbereich der kulturellen Bildungsarbeit) getestet. Und jährlich wird ein Spiel des Jahres ausgezeichnet. Ist man bei solchen Auszeichnungen – immerhin auch eine Art Testverfahren – angelangt, dann ist es ein Leichtes, auch in anderen kulturellen oder kulturpädagogischen Feldern „Testverfahren“ zu identifizieren: Wettbewerbe im kulturpädagogischen Bereich, die Auszeichnung des besten Opernhauses, die besten Schülertheaterstücke, das beste Jugendbuch etc. Offensichtlich geht es hier um Qualität. Doch sind diese Ereignisse und Verfahren wirklich gemeint, wenn man über Qualität, Qualitätsentwicklung oder Qualitätssicherung spricht? Schon alleine diese Frage zu stellen, zeigt eine weitere Facette der Qualitätsdiskussion.

Wenn es möglich ist, an einem Produkt oder auch in einem kulturpädagogischen Projekt unterschiedliche Qualitätsdimensionen zu unterscheiden, dann stellt sich die Frage nach einer Bewertung der verschiedenen Qualitätsdimensionen. So kann ein Theaterstück mit Jugendlichen ein voller Erfolg für alle Beteiligten gewesen sein, und doch wird es nicht mehr wiederholt, weil nach Abschluss des Projektes ein Verwendungsnachweis nicht erstellt werden konnte: Man hat die Belege nicht systematisch gesammelt. Bei näherer Untersuchung dieses (erfundenen) Projektbeispiels kann man weitere Aspekte unterscheiden. Als erfolgreich wurde dieses Projekt vielleicht angesehen, weil man ihm eine hohe künstlerische Qualität zugesprochen hat. Zumindest tat dies der Redakteur einer angesehenen Theaterzeitschrift, der darüber geschrieben hat. Pädagogisch war das Stück ein Erfolg, weil einige der Mitwirkenden einen Kompetenznachweis Kultur erhalten haben. Und hierbei wurde eine erhebliche Entwicklung von Schlüsselkompetenzen attestiert. Da dieser außerschulische Bildungspass selbst mehrfach fremd evaluiert worden ist, muss eine ordnungsgemäße Anwendung seiner Methode auch belastbare Ergebnisse erbringen. Man kann also pädagogische, künstlerischen und ökonomische Qualitäten unterscheiden. Man kann die Rolle des Stückes bei der Profilierung der Einrichtung in der Öffentlichkeit hervorheben. Man kann die gelungenen Integrationseffekte betonen, also eine politische Dimension des Projektes identifizieren, so dass man zwei weitere Qualitäts-Dimensionen erhalten hat.

Man kann dieses kleine Beispiel sogar noch weiter vertiefen. Denn hinter den verschiedenen möglichen Qualitäts-Dimensionen steckten jeweils verschiedene professionelle Sichtweisen. Der Wirtschaftsprüfer, der künstlerische Redakteur, der Pädagoge, die Eltern, der Leiter der Einrichtung bringen alle ihre – nicht identischen – professionellen Standards ein. Doch welche Bedeutung hat die jeweilige Sicht? Offensichtlich hat die Durchsetzbarkeit von Sichtweisen wiederum etwas mit Macht und Einfluss, hat etwas mit dem Deutungsrecht des betreffenden Fachmenschen zu tun. Das aber bedeutet, dass „Qualität“ nicht nur ein schwieriges fachliches Problem ist: Sie hat – wie oben gezeigt – mit normativen Fragen zu tun. Sie hat zudem mit dem Ringen um das Deutungsrecht, hat mit Politik zu tun.

In den folgenden Abschnitten sollen einige Entwicklungen und Diskurse der letzten Jahre vorgestellt werden, die diese Pluralität von Zugangsweisen konkretisieren. Bezugspunkt ist das große BKJ-Projekt zu Fragen der Evaluation und Qualitätssicherung, das von 1995 bis 1997 durchgeführt wurde.

2. Zum QS-Projekt der BKJ (1995 – 1997)

Hintergrund des seinerzeitigen Projektes der BKJ war ein fachpolitischer. Man erinnere sich: Ende der 1980er Jahre machte eine neue Vorstellung von Verwaltungshandeln die Runde: Das Neue Steuerungsmodell, zunächst auch Tilburger Modell genannt, wurde als Alternative zu dem üblichen Verwaltungshandeln angepriesen. Letzteres galt als unflexibel und bürokratisch. Der Bürger, der öffentliche Dienstleistungen – von der Passausstellung bis zum Schwimmbadbesuch – nutzen wollte, wurde eher in einem hoheitlichen Gestus als lästiger Bittsteller behandelt. Zudem galt die öffentliche Verwaltung als ineffektiv, undurchsichtig und viel zu teuer. Es machte zudem die Rede von der Notwendigkeit eines „schlanken Staates“ die Runde. Denn das neue wirtschaftlich-politische Paradigma war der Neoliberalismus, der mit Thatcher und Reagan wichtige politische Funktionen besetzt hielt. Diskursanalytisch kann man beschreiben, wieso eine solche neue Sichtweise eine große Akzeptanz hatte. Zum einen hat sich jeder schon einmal über arrogante Beamte geärgert. In der Tat war eine hoheitsstaatliche Mentalität – auch aus historischen Gründen – in Deutschland gut verankert. „Dienstleistungsqualität“ war zumindest keine prioritäre Kategorie im Öffentlichen Dienst. Für eine Modernisierung der Verwaltung war also durchaus eine große Bereitschaft – und auch eine gewisse Berechtigung – vorhanden. Man brauchte allerdings griffige neue Formeln und ein funktionierendes Praxismodell. Dieses schien die niederländische Stadt Tilburg zu liefern. Denn diese Stadt war hoch verschuldet, so dass ein Paradigmenwechsel in dem Verständnis dessen, was „die Stadt“ für die Bürger leisten sollte, leicht durchzusetzen war. Das neue Modell von Stadt(verwaltung) wurde aus der Wirtschaft übernommen: Die Stadt als Unternehmen, der Bürger als zahlender Kunde, die städtischen Behörden als Dienstleister. Wichtige, heute weitgehend akzeptierte Sichtweisen, wurden erprobt: Eine Orientierung am Output und nicht mehr länger eine bloße Konzentration auf den Input, also die Bereitstellung von Ressourcen, eine Überprüfung der Aufgaben und eine exakte Beschreibung der „Produkte“, sorgfältige Arbeitsplanung und vor allem: Die Messung des Arbeitsertrages, also die Evaluation. Vielleicht hätte sich diese neue Sichtweise nicht so schnell in Deutschland durchgesetzt, wenn es nicht einen regen Akteur gegeben hätte, der diese Impulse aufgegriffen und schrittweise auf deutsche Verhältnisse übertragen hat: die kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt). Diese KGSt dümpelte als Dienstleistungsagentur für die Kommunen unbekannt vor sich hin. Ein agiler Leiter erkannte jedoch die Gunst der Stunde und setzte sich mit seinem Institut an die Spitze der Bewegung. Schon sehr früh nahm man – quasi als Erprobungsfeld – Kultureinrichtungen wie Museen und Theater in den Blick und schrieb Tilburg-orientierte Organisationsgutachten. Mit großem Erfolg. Denn es gelang, die

kommunalen Spitzenverbände von der neuen Denkweise zu überzeugen. Es gelang, das „Neue Steuerungsmodell“ als weitgehend verbindlich für die kommunale Verwaltung durchzusetzen. Länderregierungen und später auch der Bund übernahmen zunächst Elemente davon. Alle lernten den neuen BWL-Dialekt der modernisierten Verwaltungssprache. Alle saßen an Produktbeschreibungen, an Indikatorensystemen und Evaluationsprojekten. Im Kontext der BKJ war es wichtig, dass nach dem Kulturbereich nicht nur die Jugendhilfe einbezogen wurde in das neue Verwaltungsdenken, sondern auch freie Träger, wenn sie weiterhin eine öffentliche Zuwendung haben wollten.

Das Versprechen war: mehr Transparenz, mehr Steuerbarkeit, mehr Klarheit über Wirkungen, mehr Rationalität, mehr Wirtschaftlichkeit. Hinter diesem offiziellen Begründungsdiskurs steckten jedoch auch andere Bewegungen: Die Generationsfrage, nämlich die Konkurrenz zwischen den (meist jüngeren) Vertretern der neuen Verwaltungslehre und den Alten. Es war ein Wettbewerb von Professionen. Denn offensichtlich bevorzugte die neue, an der Ökonomie orientierte Form der Verwaltung auch ökonomische Professionen, also Betriebswirte. Es war zudem auch eine neue Machtstrategie. Denn das Neue Steuerungsmodell mit seiner Verpflichtung zu – auch quantitativ – präzisierten Zielen und deren Überprüfung der Zielerreichung war ein Machtmittel für eine Verwaltung gegenüber allzu autonom agierenden (Kultur-)Einrichtungen: Nun endlich konnte der wilde Künstler, der das Theater leitete, von dem Kulturstadtleiter diszipliniert werden. Offensichtlich verlieh das Neue Steuerungsmodell dem Aspekt der Steuerung eine neue Schubkraft. Rückblickend lässt sich feststellen, dass es also durchaus um einen „schlanken Staat“ ging, der weniger Geld ausgeben wollte. Es ging jedoch um einen *starken* Staat, der auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen unter seine Kontrolle bringen wollte. Man kann dies – und dies ist auch geschehen – mit dem Forschungsansatz der Gouvernementalismusstudien von Michel Foucault analysieren. Dabei ist es durchaus interessant, die politische Popularität des neuen Denkens in Beziehung zu den Parteien zu bringen. Dass sich die Liberalen von dieser Denkweise sofort angesprochen fühlen müssen, liegt auf der Hand. Bei den Sozialdemokraten kann man vermuten, dass sie eher skeptisch waren. Denn die Sozialstaatsvorstellung geht hier tendenziell in Richtung eines paternalistisch verstandenen Versorgungsstaates. Doch hat auch das Versprechen einer stärkeren Steuerung der Gesellschaft durch den Staat seinen Reiz, so dass es letztlich dieselbe Idee (der Staat steuert) war, die jedoch in der unterschiedlichen Ausführung im traditionellen und im Neuen Steuerungsmodell bei den verschiedenen Generationen in der SPD Anklang fand: Modernisierer gegen Traditionalisten. Offensichtlich war die spätere rot-grüne Bundesregierung von den Modernisierern geprägt; denn die Denkweise der Agenda 2010 ist neoliberal imprägniert, funktioniert also nach dem Grundgedanken der Neuen Steuerung.

Die BKJ hat seinerzeit gegen auch im Jugendministerium stärker werdende Tendenzen hin zu einer eher betriebswirtschaftlichen Ausrichtung mit einem eigenen Modell von Qualitätssicherung – und

vor allem von Evaluation (die eine strategisch wichtige Rolle erhielt) – reagiert. Auf der Basis einer Pilotstudie für das Bildungsministerium, in der sowohl der technisch/technokratische Diskurs der Neuen Steuerung dargestellt, in der aber auch die große Bedeutung ästhetischer und pädagogischer Reflexionen hervorgehoben wurde, wurde ein eigenes Modell der Selbstevaluation entwickelt. Mit diesem fachlich fundierten Gegenmodell gegen fachfremde Denkweisen gelang es zumindest für einige Jahre, selbst das Deutungsrecht über „Qualität“ und ihre Erfassung zu behalten. Flankiert wurde diese Initiative durch eine mehrjährige Schwerpunktsetzung auf die Erfassung der spezifischen kulturpädagogischen Qualitäten unter dem Motto der Lebensqualität, später: der Lebenskunst, die mit der Erarbeitung des spezifischen „Messinstruments“ Kompetenznachweis Kultur fortgeführt wurde. Damit hat man zum einen signalisiert, dass die Frage der Wirksamkeit nicht nur relevant ist, sondern sogar zum Kernbereich der kulturpädagogischen Professionalität gehört. Zum anderen hat man sich auch in den (politischen) Wettbewerb um das Deutungsrecht für den eigenen Bereich begeben.

Solche Strategien, die eine Mischung von fachlich-inhaltlichen und politisch-strategischen Elementen sind, haben immer nur eine bestimmte Lauf- und Wirkungszeit. Es könnte sein, dass es zur Zeit zu einem erneuten Wandlungsprozess kommt, weil die Konzeptdiskussion in der kulturellen Bildung in Bewegung geraten ist. Was könnte aus dieser Skizze über den Qualitätsdiskurs der letzten 20 Jahre als *systematischer Ertrag* gelten?

1. Es sind verschiedene Dimensionen von Qualität zu unterscheiden.
2. Hinter jeder der Dimensionen (pädagogisch, künstlerisch, ökonomisch, unternehmensstrategisch etc.) stehen verschiedenen Denkweisen, hinter denen wiederum verschiedene Professionen stehen.
3. Es lohnt sich, die Qualitätsdiskussion nicht bloß als Fachdebatte, sondern als politisches Ringen um das Deutungsrecht zu sehen. Eine Diskursanalyse – etwa nach den Ideen von Foucault – könnte hilfreich sein, diese Prozesse besser zu verstehen.
4. Im Hinblick auf die politische Dimension sind zu berücksichtigen: verschiedene Berufsgruppen, die Rolle der Ausbildungsinstitutionen, die den beruflichen Habitus prägen, der Generationswechsel in der Praxis und an Hochschulen, die Rolle des Verständnisses von Staat und Gesellschaft; die Reife der Methodendiskussionen in den verschiedenen kulturpädagogischen Arbeitsfeldern.

3. Wandel des Konzeptes kulturelle Bildung

Die oben angedeutete politische Perspektive im Hinblick auf die Darstellung von Entwicklungstendenzen der Qualitätssicherung bleibt auch in diesem Abschnitt erhalten. In der Tat lässt sich in den letzten Jahren eine sich verändernde Topographie der kulturellen Bildung

feststellen. Man kann sogar genau das Datum angeben, an dem die Entwicklung eine neue Dynamik bekommen hat: der 04.12.2001. An diesem Tag stellte die damalige Bildungsministerin Bulmahn die erste PISA-Studie vor. Ohne detailliert auf die Ergebnisse einzugehen – sie gehören inzwischen fast zum Allgemeinwissen in der Bevölkerung – will ich nur einige Entwicklungstendenzen angeben.

1. Seit 2001 ist Bildung in aller Munde. Man muss schon bis in die 1960er und 1980er Jahre zurückgehen, um eine vergleichbare öffentliche Aufmerksamkeit zu finden. „Bildung“ heißt zunächst einmal: Bildung in der Schule. Doch ein Spezifikum des neuen Bildungsdiskurses ist, dass er sich schnell ausweitete.
2. Bildung ist heute Thema für die vorschulische Erziehung. Dies war vor 2001 in dieser Form nicht der Fall. Auch die außerschulische Jugendarbeit (etwa in Jugendverbänden und Jugendeinrichtungen) findet in „Bildung“ ihren Leitbegriff. „Bildung ist mehr als Schule und Schule ist mehr als Unterricht“ ist ein verbreiteter Slogan, der die traditionelle Engführung von Bildung aufbrechen will. In diesem Diskurs wurden dann auch Erwachsene und Senioren mit ihrem Bildungsbedürfnis neu entdeckt.
3. „Bildung“ wurde auch zu einem Thema in der Kulturpolitik. Zwar gab es immer schon im kulturpolitischen Kontext bildungsbezogene Diskurse, etwa bei Museen, bei Theatern oder in Bibliotheken. Doch wurde in den letzten Jahren „kulturelle Bildung“ zu einem der wichtigsten Themen in der Kulturpolitik.
Damit ergeben sich neue Akteure in institutioneller und personenbezogener Hinsicht, die nunmehr auch ein Deutungsrecht für kulturelle Bildung beanspruchen.
4. Auch die Förderstrukturen verändern sich. So gibt es inzwischen auf Bundesebene nicht nur seit 1998 einen Kulturstatsminister. Dieser hat auch einen eigenen Haushaltstitel für kulturelle Bildung und schafft sich eigene Trägerstrukturen (neben den schon existierenden, die vorwiegend vom BMFSFJ und in Teilen vom BMBF gefördert werden).
5. Der gravierendste Eingriff in das Schulsystem ist die Schaffung von Ganztagschulen. Damit steht Kooperation auf der Tagesordnung. In einigen Fällen hat man die Jugend- und Kulturförderung sogar verbindlich von einer Kooperation mit der Schule abhängig gemacht. Auch in der Kulturpolitik hat man die Schule als wichtigen Akteur entdeckt und neue Programme aufgelegt „mehr Kultur in die Schule“ zu bringen.
6. Insgesamt gibt es in den letzten Jahren eine beschleunigte Professionalisierung in den verschiedenen kulturpädagogischen Arbeitsfeldern. Es gibt inzwischen Hunderte von Professuren für Tanz, Theater, Musik, Bildende Kunst, Literatur, Medien, Museen etc., die unter dem Label Kulturpädagogik arbeiten.

Was bedeutet dies für die Frage der Qualitätssicherung?

Es handelt sich – wie man bereits an der groben Skizze wichtiger Entwicklungstendenzen erkennen kann – um einen erheblichen Wandel. Es gibt neue Politikfelder, die sich für kulturelle Bildung interessieren. Es gibt damit neue professionelle Standards und Sichtweisen. Damit ergeben sich auch neue Definitionen und Bewertungen von „Qualität“ und Evaluation. Man muss damit rechnen, dass in der nächsten Zeit bislang akzeptierte Definitionen und Kriterien in Frage gestellt werden. In welche Richtung diese Entwicklung gehen wird, ist noch unklar. Etwas spekulativ ist zu vermuten, dass die Kulturpolitik und damit eine eher künstlerische Sichtweise eine größere Rolle spielen wird. Künste sind jedoch im Hinblick auf Qualität und ihre „Messung“ noch schwieriger als eher pädagogisch verstandene kulturpädagogische Prozesse.

Es ist bereits jetzt zu beobachten, dass eine eher künstlerisch orientierte Zugangsweise zur kulturellen Bildung sich zunächst einmal sperriger gegenüber außerkünstlerischen Qualitätsfragen zeigen wird. Denn zum einen gelten die Künste – gerade in der deutschen Tradition – als Raum der Autonomie, in dem man höchst sensibel auf jede Form von Instrumentalisierung reagiert. Zum anderen ist „kulturpädagogische Qualität“ alles andere als ein leicht zu erfassendes Konzept. Zwar ist es in der philosophischen Ästhetik und in der Kunsttheorie längst Mainstream, dass ein essentialistisches „Wesen“ von Kunst nicht existiert. Doch ist diese Erkenntnis noch lange nicht in der Praxis angekommen. Als belastbar hat sich bei der Definition dessen, was als Kunst verstanden werden kann, eine etwa von dem amerikanischen Kunsttheoretiker A. Danto, aber auch von anderen (Bourdieu, Bürger etc.) vertretene Auffassung herausgestellt, die „Kunst“ als Ergebnis komplexer Aushandlungsprozesse im spezifischen künstlerischen Feld betrachtet. Zu diesem „künstlerischen Feld“ gehören alle diejenigen, die sich – meist professionell – mit Kunst befassen: u.a. die Künstler selbst, die Kunsteinrichtungen, deren Manager, die Ausbildungsstätten, die Medien, vor allem die Kunstkritik, der Kunsthandel.

In der Komplexität dieser Diskurslandschaften entsteht dann auch das – jeweils zeitlich und örtlich – gültige Verständnis von Qualität.

Künstlerische Bildung ist jedoch ein abgrenzbares Feld, das möglicherweise noch nicht einmal als Teilbereich des künstlerischen Feldes anerkannt wird, das sich aber – oft voller Sehnsucht – an den dortigen Debatten orientieren möchte: Man spricht gerne von „Kunst“ und weiß letztlich um die Kränkung, von den Sachwaltern dieser „Kunst“ nicht sonderlich ernst genommen zu werden. Im Hinblick auf unser Problem ist diese derzeitige Situation – sollte sie dann so sein wie skizziert – ausgesprochen schwierig. Denn die jetzige Diffusität der Debatten macht es kaum möglich, weitgehend anerkannte Konzepte zu erhalten. Es ist eindeutig eine Szene im Aufbruch, ein sich konstituierender Diskurs, in dem die Karten neu gemischt werden. Diese Situation bringt es auch mit sich, dass bisher eingenommene und akzeptierte Positionen der Meinungsführerschaft in Frage gestellt werden. Dies betrifft auch eine möglicherweise neue Verortung der BKJ.

Ertrag dieser Überlegungen ist, dass zwar nach wie vor die bisherigen Konzepte relevant bleiben, zumal das Feld auch von starken Ungleichzeitigkeiten geprägt ist. Doch werden neue Konkurrenzen auch bei der Frage nach dem Deutungsrecht entstehen.

Neben diesen inhaltsbezogenen Diskursen verstärkt sich zudem die allgemeine Debatte um Evaluation, etwa im Zuge des Trends zu Akkreditierungen spezifischer Angebote, so dass das Qualitätsverständnis der verschiedenen Akkreditierungssysteme zu berücksichtigen ist. Es scheint, als läuft – nach der oben vorgestellten ersten Welle Anfang der 1990er Jahre, die sich auf das Neue Steuerungsmodell bezog – nunmehr eine zweite Welle zur Durchsetzung betriebswirtschaftlicher Standards. Es könnte sein, dass sie dieses Mal erfolgreicher sein wird.

4. Internationale Trends

PISA hat – als internationales Evaluationssystem – nicht nur die nationale Bildungspolitik in Deutschland durcheinander gewirbelt: PISA ist auch international das erfolgreichste bildungspolitische Reformprogramm aller Zeiten. So wird international eine Marginalisierung der künstlerischen Fächer befürchtet, da man PISA oft genug auch als Lösung des Kanon-Problems deutet: Wichtig sind die PISA-(Haupt-)Fächer, der Rest ist unwichtig. Dies wurde so bei dem ersten UNESCO-Weltkongress zur kulturellen Bildung 2006 in Lissabon diskutiert. Es steht seither in praktisch jeder internationalen Tagung auf der Tagesordnung. Ein Lösungsweg ist der Vorschlag, auch für künstlerische Fächer ein „Kultur-PISA“ vorzuschlagen. Bei einer internationalen Expertentagung in Wildbad Kreuth kam man allerdings zu dem Ergebnis, dass die Forschung zu geeigneten Evaluationsmethoden über die Wirkung von Kunstvermittlung zu schwach ist. Allerdings gibt es – vor allem im angloamerikanischen Bereich – eine enorme Menge an empirischen Evaluationsstudien. Dabei geht es allerdings kaum um die Messung künstlerischer oder kunstpädagogischer Qualität, sondern vielmehr um die (stets positiven) Wirkungen von Kunstunterricht entweder auf das Sozialverhalten bzw. auf die Leistungen in anderen Schulfächern.

5. Die Einheit von Schulentwicklung, Personalentwicklung und Unterrichtsentwicklung – ein Modell für die Kulturpädagogik?

Die Ganztagsschule ist unvermeidbar. Ihre Einführung in Deutschland kann als nachholende Modernisierung gelten, da fast alle anderen vergleichbaren Länder ein Ganztagsschulsystem haben. Vor diesem Hintergrund wird es geradezu überlebenswichtig für außerschulische Jugendkulturarbeit, sich verstärkt um die Schule zu kümmern.

Dies ist im Kontext der BKJ in vielfacher Weise geschehen. In Hinblick auf unsere Themenstellung sind v. a. die folgenden Aspekte relevant:

1. Mit der neuen Relevanz von Schule stellt sich das Problem der Kooperation von Schule und kulturpädagogischen Einrichtungen. Diese Kooperation ist durchaus schwierig, so dass in einem mehrjährigen Forschungsprojekt *Qualitätskriterien* für eine solche Zusammenarbeit entwickelt wurden. Die Frage nach der „Qualität“ hat also eine neue Facette bekommen, nämlich als Kooperationsqualität, wobei als Ergebnis des Projektes ein inzwischen in der Praxis bewährter Katalog von Kriterien vorliegt.
2. Eine weitere Facette dieses Arbeitsfeldes betrifft die personelle Seite. Kooperationsfähigkeit wurde zu einem neuen Qualitätsmerkmal der verschiedenen im Kooperationsprozess beteiligten Professionen (Lehrer, Kulturpädagogen, Jugendarbeiter, Künstler etc.). Noch offen ist die Frage, welche spezifischen Qualitäten jede der Professionen in den kulturpädagogischen Prozess einbringt.
3. Eine neue Erfahrung aus der langjährigen Bearbeitung des Schulthemas ist die Notwendigkeit, sich noch stärker als bisher auf Schule einzulassen und sich darum zu kümmern, dass Schulen in größerer Zahl ein kulturelles Profil erhalten. Das heißt, dass eine entsprechende Schulentwicklung, wir sprechen von „kultureller Schulentwicklung“, auf der Tagesordnung steht. Mit der Frage der Qualität hat dies insofern zu tun, als als erstes Ergebnis ein Qualitätstableau für Schulen vorliegt und erste Elemente eines entsprechenden Entwicklungskonzeptes erarbeitet wurden.

Wie es sich bereits in den 1980er Jahren als fruchtbar erwiesen hat, von dem reichen Erfahrungsschatz der Schulpädagogik in der erheblich weniger entwickelten Kulturpädagogik zu profitieren, so könnte auch jetzt die Kulturpädagogik von den Erfahrungen mit Schulentwicklung profitieren. So muss man einen erheblichen Mangel an einer Theorie kulturpädagogischer Einrichtungen feststellen. Schulentwicklung kann dabei auf eine weite internationale Debatte ihrer Schulqualität zurückgreifen. Diese ist natürlich nicht unmittelbar auf Kulturpädagogik übertragbar. Doch genügt ein erster Blick in die vorliegenden Qualitätstableaus rund um die Schule (SEIS, die verschiedenen Qualitäts-Tableaus in den Bundesländern etc.), um ihre Relevanz für unser Arbeitsfeld zu erkennen.

Allerdings stehen wir hier erst am Anfang einer Entwicklung. Voraussichtlich beginnt im Juli 2010 ein umfassendes Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse dann auch auf ihre Übertragbarkeit geprüft werden können.